



Nr. 22 / 4. Dezember 2019

Einladung an die Medien: „Antidemokraten auf Straßenschildern“

Der Landesbeauftragte für politische Bildung fragt am Montag, 9. Dezember 2019, um 18.00 Uhr im Kieler Landeshaus, wie Gesellschaft und Kommunalpolitik mit historisch belasteten Namen von Straßen und Plätzen umgehen können. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ statt.

Die Benennung von Straßen und Plätzen nach historischen Personen, Ereignissen und Orten ist stets eine geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Frage. In den letzten Jahren haben verschiedene Debatten – zum Beispiel um den Sylter „Hindenburgdamm“ – gezeigt, dass Umbenennungen in der Bevölkerung zu teils emotional geführten Diskussionen führen. Es soll deshalb bei dieser Diskussionsveranstaltung um grundsätzliche Kriterien gehen, die bei Um- und Neubenennungen von Straßen und Plätzen angewandt werden können; konkrete Fälle können als Beispiele herangezogen werden, sollen aber nicht als Einzelfälle im Mittelpunkt stehen.

Zur Veranstaltung

am Montag, 9. Dezember 2019, 18.00 Uhr

im Plenarsaal des Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

sind Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

Für Rückfragen steht der Stellvertreter des Landesbeauftragten, Dr. Hauke Petersen, unter 0431/988-1643 gerne zur Verfügung.

Ablauf:

Begrüßung

Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung

Günter Neugebauer
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Saskia Handro
Institut für Didaktik der Geschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Rainer Pöppinghege
Historisches Institut, Universität Paderborn

Dr. Jan Schlürmann
Historiker und Referent beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Prof. Dr. Ulrich Thamer
Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Diskussion mit dem Publikum

Moderation

Berndt Steincke, Sprecher der Arbeitsgruppe „Westküste“ von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“